



**FACTSHEET: Die Verhaftung von
56 Anwälte, 7 interne Anwälte, 3
entlassene Richter, 1 entlassener
Richterkandidat und 1
Absolvent der juristischen
Fakultät in Ankara - Türkei**

11.09.2020

Mit der neuen Gesetzgebung bezüglich der Anwaltskammern, und der Rede Präsident Erdogans an der Jahresauftakt Veranstaltung der Justiz mit den Sätzen „*Es ist nicht möglich das Anwälte die Terroristen verteidigen auch so agieren. Wenn sie doch noch dies tun müssen sie einen Preis dafür bezahlen*“ gab Präsident Erdogan das Signal für eine neue Phase der Unterdrückung und Verfolgung von Anwälte*innen. Kurz nach dieser Rede beschloss die Staatsanwaltschaft von Ankara heute (11. September 2020), 48 Anwälte, 7 Rechtsreferendar*innen, 4 zuvor entlassene Richter*innen und einen Juristen wegen „Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung“ festzunehmen.

Laut der staatlichen Nachrichtenagentur Anadolu, war der Grund der Verhaftungen, dass die Anwälte*innen und Jurist*innen ihre Mandanten, die im Rahmen anti-Terror Gesetzen angeklagt waren, verteidigten. In den ersten 24 Stunden, obwohl es gegen das Gesetz ist, wurden den Verhafteten Juristen*innen es verweigert mit einer Person/Anwalt zu sprechen. Es wurde auch veröffentlicht das die Verhafteten für 12 Tage in U-Haft bleiben werden, was auch ein Bruch gegen jegliche Strafrechtsgesetze und Strafprozessverordnungen darstellt. Außerdem kam es während der Durchsuchung und der Festnahme, zu Unregelmäßigkeiten und Verstößen. So wurden z.B. Anwälte*innen obwohl sie keinen widerstand leisteten die Hände am Rücken angefesselt wurden.

Es ist ohne Zweifel, dass die breite Interpretation der Definition von „Terror“ in der Türkei politisch ist, und als Instrument von der Regierung benutzt wird, um die kritische Stimmen zum Schweigen zu bringen und die Opposition zu unterdrücken. (1) Diejenigen, die im Rahmen der anti-Terror Gesetze verhaftet, inhaftiert und verurteilt werden, sind entgegen der Behauptungen der Regierung nur aufgrund ihrer politischen Ansichten und ihrer Kritik an der Regierung solchen rechtswidrigen Handlungen ausgesetzt.(2)

Nach dem Putschversuch in 2016 wurden mehrere hunderte Anwälte*innen politisch verfolgt und verhaftet. Es begann mit der Konya Anwaltskammer und verbreitete sich landesweit immer intensiver.(3) Bis zum heutigen Tag, wurden 1600 Anwälte*innen festgenommen, 600 wurden verhaftet und 441 sind wegen „Mitgliedschaft in einer Terrororganisation“ verurteilt.(4)

Die Verfolgungen und Verhaftungen von Rechtsanwälte*innen, dient für den Zweck die Anwälte*innen zum Schweigen zu bringen, welche die Menschenrechtsverletzungen und Folterfälle der Sicherheitsbehörden in der Türkei vor Gericht tragen und veröffentlichen und damit zu bekämpfen versuchen.

Die Verfolgung von Anwälten erleichtert Folter und Misshandlung von Inhaftierten und hindert sie daran, die Achtung ihrer grundlegenden Menschenrechte zu verlangen.

Die Tatsache, dass die fraglichen Festnahmen in Ankara durchgeführt wurden,(5) die die höchste Anzahl von COVID-19-Infektionen hat, ist ein weiterer Grund zur Sorge. Dies geschah zu einem Zeitpunkt, als der Europarat und die Menschenrechtsorgane der Vereinten Nationen betont haben, dass Haftmaßnahmen wie Verhaftung und

Inhaftierung während der Pandemie nicht durchgeführt werden sollten, es sei denn, solche Maßnahmen sind absolut notwendig.

Gemäß den UN-Grundprinzipien zur Rolle der Rechtsanwälte, müssen Regierungen sicherstellen, dass die Anwälte*innen:

- a) in der Lage sind, alle ihre beruflichen Funktionen ohne Einschüchterung, Behinderung, Belästigung oder unsachgemäße Einmischung wahrzunehmen,
- b) keine strafrechtlichen oder administrativen, wirtschaftlichen oder sonstigen Sanktionen für Maßnahmen erleiden oder angedroht werden, die im Einklang mit anerkannten beruflichen Pflichten, Normen und ethischen Pflichten ergriffen werden,
- c) dürfen nicht mit ihren Mandanten oder den Ursachen ihrer Mandanten infolge der Wahrnehmung ihrer Aufgaben identifiziert werden.

Diese Garantien sind kein professioneller Luxus, der Anwälten gewährt wird, sondern eine Notwendigkeit, die Rechte und Freiheiten des Einzelnen zu schützen. Daher sind strafrechtliche Ermittlungen gegen Rechtsanwälte im Rahmen eines besonderen Verfahrens (das zusätzliche Sicherheitsvorkehrungen beinhaltet) durchzuführen, solange es nicht zu einer Situation von "flagrante delicto" kommt.

Wie der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (in den Rechtssachen Alparslan Altan + Hakan Bas gegen die Türkei) festgestellt hat, verstößt die Auslegung und Anwendung von flagrante delicto durch die türkische Justiz gegen den Grundsatz der Rechtmäßigkeit und des Rechts auf Freiheit. Dementsprechend stellt die Massenverhaftung von Anwälten mit Polizeirazzien, die seit dem 15. Juli [2016] eine neue Normalität geworden ist, einen offensichtlichen Verstoß gegen das Gesetz dar.

Die Inhaftierung von 60 Anwälte*innen und Jurist*innen, von denen die meisten Frauen sind, ist ein wichtiger Teil des Ziels der Regierung, Anwälte zum Schweigen zu bringen. Wenn man darüber schweigt, werden alle Bürger ihrer Rechte und Freiheiten beraubt.

In der Erwartung, dass Sie die respektierte Haltung und professionelle Solidarität zeigen werden, die sie bis zum heutigen Tag gezeigt haben.

Hochachtungsvoll

(1) See: <https://spcommreports.ohchr.org/TMResultsBase/DownloadPublicCommunicationFile?gtId=25482>

(2) <https://arrestedlawyers.org/2020/07/06/abuse-of-the-anti-terrorism-laws-by-turkey-is-steadily-increasing/>

"... statistics highlight that Turkish public prosecutors have filed more than 392,000 charges under Article 314 of the Turkish Penal Code within the last seven-years. What is worse, between 2016 and 2019 more than 220,000 individuals have been sentenced for membership of an armed terrorist organisation."

(3) https://www.hrw.org/sites/default/files/report_pdf/turkey0419_web.pdf

(4) <https://arrestedlawyers.files.wordpress.com/2020/07/mass-prosecution-of-lawyers-in-turkey-aug-2020.pdf>

(5) <https://www.hurriyetdailynews.com/capital-ankara-has-the-highest-number-of-confirmed-cases-in-turkey-minister-157927>

Anwalte und Juristen, die den Brief unterschrieben haben:

1. Ahmet Arslan
2. Ahmet Dođan
3. Ahmet zer
4. Ali Fuat Yıldız
5. Ammar Yılmaz
6. Ayşe Yıldız
7. Bahadır Alp Aslan
8. Barış elik
9. Burak Can
10. Çiđdem Turan nelge
11. Emre ınar
12. Emre İřim
13. Enes Güngören
14. Erdal Tař
15. Ertuđrul Gazi Alperen
16. Fatih Cemil zkan
17. Fatih Nadi Dogan
18. Fatih zdemir
19. Fatih řahinler
20. Figen Sepetçi elik
21. Fikret Duran
22. Gazi Kozanođlu
23. Gökhan Güney
24. Gökhan Gni
25. Hasan Said řaz
26. Hasan řimřek
27. Hayrettin Açıkgöz
28. Hüdayi Kayhan
29. Hüseyin Bacacı
30. İbrahim Hasgr
31. İlker rkmez
32. İsmail Hakkı Küçük
33. Kemal Aytaç
34. Kemal Karanfil
35. Kemal řimřek
36. Kenan Fazlıođlu
37. Mehmet Bakır zkan
38. Mehmet etintrk
39. Mehmet Reřat Bozkurt
40. Mehmet Reřat Polat
41. Mehmet Uru
42. Mert kten
43. Murat Akkoç
44. Murat Erdođan
45. Murat İncekara
46. Murat Kabakçı
47. Nedim Irmak
48. Nurullah Albayrak
49. Ömer Turanlı
50. Osman Ali Kemaneci
51. Osman Ertürk
52. Osman Zerey
53. Seyfullah nelge
54. Süleyman Yıldırım
55. Uđur ifibařı
56. Yahya Kemal Kaçmaz
57. Yusuf Danyal Kılınalp
58. Yusuf Rahman
59. Yusuf Yılmaz
60. Yusuf Ziya Berk